Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode 19.10.2023

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Bernd Schattner, Dietmar Friedhoff, Steffen Janich, Enrico Komning, Uwe Schulz und der Fraktion der AfD

Möglicher Insektenrückgang in der Agrarlandschaft

Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob es einen Rückgang bei der Artenvielfalt von Insekten in Deutschland gibt, und wenn ja, auf welcher Datengrundlage beruhen diese Erkenntnisse, und wie viel davon ist nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Agrarlandschaft zu beziehen?
- 2. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob es einen Rückgang bei der Biomasse von Insekten in Deutschland gibt, und wenn ja, auf welcher Datengrundlage beruhen diese Erkenntnisse, und wie viel davon ist nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Agrarlandschaft zu beziehen?
- 3. Ist der Bundesregierung die wissenschaftliche Studie (www.anl.bayern.de/publikationen/anliegen/doc/an46101mueller_et_al_2024_witterung_insekt enbiomasse.pdf) bekannt, die zu dem Ergebnis kommt, dass Witterung und Witterungsanomalien die Hauptursachen für die jährliche Entwicklung der Insektenbiomasse seien, und wenn ja, welchen Einfluss haben diese Erkenntnisse ggf. auf die weiteren agrarpolitischen Vorhaben der Bundesregierung, insbesondere auch hinsichtlich der Positionierung der Bundesregierung zu dem Entwurf einer Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Sustainable Use Regulation SUR)?
- 4. Spielt die Aufrechterhaltung traditioneller Wirtschaftsweisen in der Landund Forstwirtschaft, wie beispielsweise Extensivgrünland oder artenreiche Nieder- und Mittelwälder, für die Bundesregierung eine Rolle für die Sicherung einer arten- und individuenreichen Insektenpopulation?
 - a) Wenn ja, inwiefern, und mit welchen konkreten Maßnahmen beziehungsweise mit welchen geplanten Maßnahmen wird dies ggf. konkret durch die Bundesregierung unterstützt?
 - b) Wenn nein, warum nicht, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse über mögliche Folgen des Verlustes solcher Flächen für die Sicherung einer arten- und individuenreichen Insektenpopulation (bitte ggf. ausführen)?

- 5. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, ob sich die Insekten-Gesamtartenzahl sowie die mittlere Insekten-Artenzahl seit 1990 verändert haben, und wenn ja, was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Hauptursachen dafür, und auf welcher Datengrundlage erfolgt diese Einschätzung?
- 6. Gibt es nach Einschätzung der Bundesregierung noch Forschungsbedarf bezüglich des Verständnisses des Wirkungsgefüges zwischen der Insektenpopulation und dem menschlichen Einfluss in Deutschland, und wenn ja, fördert die Bundesregierung entsprechende Studien oder hat sie solche in Auftrag gegeben bzw. plant sie dies?
- 7. Hat die Bundesregierung die umfassende Prüfung, inwieweit ein vollständiges nationales Anwendungsverbot des Pflanzenschutzmittelwirkstoffs Glyphosat bei einer Zulassungsverlängerung auf EU-Ebene europarechtlich möglich ist, inzwischen abgeschlossen (Bundestagsdrucksache 20/5124, Antwort zu Frage 1)?
- 8. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zu negativen ökologischen Folgen durch mechanische Eingriffe in der Landwirtschaft vor, insbesondere hinsichtlich des Nachwuchses von Bodenbrütern und Wildtieren sowie Insektenhabitaten und Bodenleben, und wenn ja, welche sind dies?
- 9. Inwiefern ist "eine ganzflächige ein- bis mehrmalige mechanische Bearbeitung der Fläche mit einem geeigneten Gerät oder einer Gerätekombination" ökologisch sinnvoller als der Einsatz des Herbizids Glyphosat, der die Mulch- oder auch Direktsaat ohne Pflugbearbeitung ermöglicht, bei dem organisches Material an der Oberfläche verbleibt, wodurch sich etliche ökologische Vorteile ergeben (Bundestagsdrucksache 20/875, Antwort zu Frage 18; www.lfl.bayern.de/ips/unkraut/192502/index.php)?
- 10. Auf welche wissenschaftlichen Studien bezieht sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), wenn es behauptet, dass "die bekannten wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass Glyphosat der Artenvielfalt schadet", und bezieht sich das auch auf eine direkte schädliche Wirkung von Glyphosat auf terrestrische Insekten (www.bme l.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Presse/2023/230922-glyphosat.html)?
- 11. Hat die Bundesregierung die umfassende Prüfung, inwieweit ein vollständiges nationales Anwendungsverbot des Pflanzenschutzmittelwirkstoffs Glyphosat bei einer Zulassungsverlängerung auf EU-Ebene europarechtlich möglich ist, inzwischen abgeschlossen (Bundestagsdrucksache 20/5124, Antwort zu Frage 1)?
 - a) Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
 - b) Wenn nein, bis wann wird dies abgeschlossen sein?
- 12. Hat die Bundesregierung neue Erkenntnisse darüber, ob der Betrieb von Windkraftwerken zu den Ursachen oder Mit-Ursachen des Insektenrückganges gehört, und ist diesbezüglich von Seiten der Bundesregierung die Förderung weiterer Forschungsvorhaben geplant (www.dlr.de/de/aktuelle s/nachrichten/2019/01/20190326_dlr-studie-zu-wechselwirkungen-von-flu ginsekten-und-windparks; Bundestagsdrucksache 19/22695, Antwort zu Frage 2)?

- 13. Ist der Bundesregierung die wissenschaftliche Studie bekannt, die zeigt, dass mehr als 75 Prozent der Biomasse fliegender Insekten in westdeutschen Schutzgebieten wie Landschaftsschutzgebieten, Naturschutzgebieten oder Natura 2000-Flächen seit 1990 verloren gegangen sind, und wenn ja, inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung diese Erkenntnisse ggf. bei ihren geplanten agrarpolitischen Maßnahmen zum Thema Insektenrückgang (Caspar A. Hallmann et al., More Than 75 Percent Decline Over 27 Years in Total Flying Insect Biomass in Protected Areas, in: PLoS ONE, 10/2017, journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone. 0185809; www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/artenvielfalt/bienen-fu ettern/massnahmen.html; www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/artenvielfalt/insekten-biologische-vielfalt.html)?
- 14. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, welche Insektenarten gefährdet sind, die in Lebensräumen leben, die durch die Sukzession gefährdet sind und nur durch technische Eingriffe erhalten oder optimiert werden können, und wenn ja, welche sind dies, und sind diesbezüglich von Seiten der Bundesregierung konkrete Maßnahmen geplant (bitte diese ggf. ausführen)?

Berlin, den 16. Oktober 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

